



archiv

MOR

11. Oktober 2001

leserservice verlag & impressum sitemap archiv

aktuell

- newsticker
- politik
- wirtschaft
- sport
- lokales & region
- aus aller welt
- hintergrund
- kommentare
- kultur
- wetter
- modernes leben
- zeitsprung



service

- musik
- kino
- bücher
- reise
- multimedia
- auto & verkehr
- bauen & wohnen
- essen & trinken
- gesundheit
- soziales
- hochschule
- veranstaltungstipps
- preisrechner

märkte

- stellenmarkt
- fahrzeugbörse
- immobilien
- frühstücksbörse
- treffpunkt
- aus- und weiterbildung

aktiv

- gewinnspiele
- ihr über uns
- kontakt
- leserbriefe

service

start archiv 2001 Juli 2001 26. Juli 2001 hintergrund artikel

Strahlenmessgerät, Schutzkleidung - "Davon war vor 40 Jahren nie die Rede"

1994 erkrankte der ehemalige Radartechniker Peter Rasch an Lungenkrebs, jetzt klagt er auf Schmerzensgeld

Von unserem Redaktionsmitglied Stefanie Ball

Eigentlich wollte Peter Rasch im Keller seines Hauses in Rödermark bei Darmstadt einen Videoschnittplatz einrichten. Aber daraus wird jetzt nichts mehr. Der Raum gehört seit Januar dem Bund zur Unterstützung Radargeschädigter. Genau genommen ist Peter Rasch der Bund. Der Verein hat 339 Mitglieder, die alle dasselbe Schicksal teilen: Sie waren alle irgendwann einmal Radartechniker bei der Bundeswehr und sind später alle an Krebs erkrankt. Lungenkrebs, Hodenkrebs, Hirntumor, Leukämie. Es gibt auch 68 Frauen in der Liste, die dort stellvertretend für ihre inzwischen verstorbenen Männer stehen. Peter Rasch, von Mitte 1961 bis Ende 1964 erst Schüler und dann Lehrer am Radargerät CPN-4 im bayerischen Kaufbeuren, hat überlebt. Obwohl ihm die Ärzte 1994, als der Lungentumor entdeckt wurde, nur noch ein halbes Jahr gegeben haben. "Jetzt ist der Krebs unter Kontrolle", sagt der 59-Jährige. Seinem Schutzengel aber habe er damals versprochen, sollte er es schaffen, werde er sich für seine ehemaligen Kameraden einsetzen.

"Zunächst haben wir versucht, das intern zu regeln", sagt Peter Rasch. Erfolglos. Der Verteidigungsausschuss habe an den Bundeswehrbeauftragten Willfried Penner verwiesen und der in einem Fünfzeilen-Brief auf seine "nur geringen parlamentarischen Möglichkeiten". "Also sind wir an die Öffentlichkeit gegangen." Das hatte Wirkung. Seit Mitte Juli erste Meldungen von 58 verstrahlten Radarsoldaten in den Zeitungen auftauchen, kommt das Verteidigungsministerium immer mehr unter Druck. Es mehren sich die Stimmen, die eine schnelle Entschädigung der Soldaten fordern. Zudem müssten sie von der Pflicht befreit werden, die Ursache für ihre Erkrankungen zu beweisen, forderte am vergangenen Wochenende die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer.

Im Falle von Rasch hatte die Bundeswehr offenbar keinen Zweifel, dass zwischen dessen Tumor in der Lunge und den Röntgenstrahlen aus dem Radargerät von vor 40 Jahren ein Zusammenhang besteht; 1998 wurde sein Antrag auf Wehrdienstschädigung anerkannt

galerie
anzeige des monats



Alles rund
um Aus- und
Weiter-
bildung



R1-cam
Mannheim
Live



produced by Xmedias

1988 wurde sein Antrag auf Vermögensübertragung angenommen.
"Das war mein Schutzengel", sagt er. Andere hatten keinen Schutzengel und warten noch heute auf Geld. Einige Fälle sind vor Gericht gelandet. Das Verteidigungsministerium gibt sich zugeknöpft. Es räumt nur ein, dass "einzelne Todesfälle" nicht auszuschließen seien. Die Zahl der Anträge auf Zusatzrenten, die zwischen 225 und 1178 Mark liegen, beziffert das Ministerium auf 336. Fünf davon seien anerkannt worden, 43 weitere gälten als abgeschlossen, 29 seien abgelehnt worden.

"Es macht mich wütend, mit welcher Menschenverachtung Opfer und Hinterbliebene behandelt werden", sagt Peter Rasch. So habe auch er - trotz Anerkennung - bislang nur eine geringe Abfindung erhalten. Mitte Juni hat sich der 59-Jährige daher gemeinsam mit rund 130 anderen Betroffenen und deren Familien an Verteidigungsminister Rudolf Scharping gewandt. "Wir fordern Schmerzensgeld." Höhe: zwischen 100 000 und 600 000 Mark. Eine Antwort ist der Minister bislang schuldig geblieben. Notfalls wollen der Berliner Anwalt Reiner Geulen und sein Partner Remo Klinger, die die Opfer vertreten, bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Vieles spricht dafür, dass es den Klägern gelingen könnte zu beweisen, dass die Bundeswehr, wie es im Juristendeutsch heißt, mit Vorsatz gehandelt und die Folgen billigend in Kauf genommen hat. So wurden bereits Ende der 50er Jahre Untersuchungen gemacht, in denen eindeutig die Gefährlichkeit der Radargeräte belegt und konkrete Schutzmaßnahmen für die Soldaten gefordert werden. Peter Rasch hat für seinen Entschädigungs-Antrag einige dieser Akten angefordert - und gleich einen ganzen Stapel zugeschickt bekommen. "Vielleicht war das ein Versehen, vielleicht aber auch Absicht", glaubt er.

In einer dieser Untersuchungen von 1958, die Peter Rasch in einem seiner inzwischen zahlreichen Ordner sorgfältig abgeheftet hat, stellt das Bayerische Landesinstitut für Arbeitsschutz fest: "Es zeigte sich, dass ein breites Strahlenbündel in solche Richtung austritt, dass . . . die Genitalorgane des Bedienenden getroffen werden. Die Dosisleistung betrug 6 - 7 Milliröntgen pro Stunde . . . oder bei 50 Arbeitswochen rund 14 - 17 Röntgen pro Jahr." Nur einen Satz weiter heißt es: "Nach den derzeitigen internationalen Empfehlungen darf die jährliche Strahlendosis 5 Röntgen bei Ganzkörperbestrahlung nicht überschreiten." Zwar werde, räumt das Institut ein, in diesem Fall nicht der ganze Körper "bestrahlt", aber immerhin die "empfindlichsten Organe mit der dreifachen Dosis".

Eine andere Untersuchung aus dem gleichen Jahr, durchgeführt diesmal vom Fernmeldetechnischen Zentralamt der Bundespost, stellt fest, dass "beträchtliche Röntgenstrahlung" von einer bestimmten Röhre ausgeht und daher die "zulässige Aufenthaltsdauer . . . in der Arbeitswoche etwa 3 1/2 Stunden nicht überschreiten" dürfe. Es werde zudem "dringend empfohlen, das Personal, das mit diesen Arbeiten beschäftigt ist, mit Bleibehandschuhen auszurüsten".

beinanschnuren auszurüsten .

Schutzkleidung, Strahlenmessgerät, Abdeckungen, maximale Aufenthaltsdauer - davon sei vor 40 Jahren nie die Rede gewesen, sagt Rasch. Das einzige, an das er sich erinnern kann, ist, dass er in den dreieinhalb Jahren, die er in Kaufbeuren verbracht hat, oft krank war: abendliches Fieber, Ausschlag, Schleimhautentzündung, Nervenlähmung in den Beinen. "Die Ärzte haben sich sehr viel Mühe gegeben", sagt er. Aber an das Radargerät habe niemand gedacht. "Ein halbes Jahr, nachdem ich die Bundeswehr verlassen hatte, waren alle Symptome verschwunden." Bis vor sieben Jahren der Tumor zu wachsen begann.

Bund zur Unterstützung Radargeschädigter: Tel. 06074/9 73 41; Info-Hotline der Bundeswehr: Tel. 0228/942 50 00

© Mannheimer Morgen – 26.07.2001

[▶ zurück](#)

[▶ Druckansicht](#)

[▶ Seitenanfang](#)

[▶ Artikel versenden](#)